

RN 180913

# Weiterer Giftmüll in alten Zechen

Landesbericht: 1,6 Millionen Tonnen

**DÜSSELDORF.** In den stillgelegten Zechen in Nordrhein-Westfalen lagert weit mehr teils hochgiftiger Sondermüll, als bislang öffentlich bekannt war.

Insgesamt wurden von Mitte der 80er-Jahre bis zum Jahr 2006 „rund 1,6 Millionen Tonnen bergbaufremder Abfälle in elf Steinkohlebergwerken“ eingesetzt, heißt es in einem Bericht der Landesregierung, der heute im Wirtschafts- und Umweltausschuss des Düsseldorfer Landtags vorgestellt wird.

Demnach wurden in den Zechen Haus Aden/Monopol (Bergkamen), Walsum (Duisburg) und Hugo/Consolidation (Gelsenkirchen) 580 000 Tonnen hochgiftige Abfälle verpresst, die unter anderem aus der Stahl- und Zementproduktion sowie aus der Hausmüll- und Klärschlammverbrennung stammten.

Rund eine Million Tonnen Abfall wurden in den Zechen Fürst Leopold/Wulfen und Lippe (beide Dorsten), Au-

guste Victoria (Marl), Blumenthal/Haard (Recklinghausen), Emil Mayrisch (Alsdorf), Ewald/Schlägel & Eisen (Herten), Friedrich Heinrich (Kamp-Lintfort) sowie in der Zeche Lohberg/Osterfeld (Oberhausen) eingelagert.

Auch bei diesen Stoffen ist nicht auszuschließen, dass hochgiftige dabei sind. Laut Landesbericht galten beim Bergwerkkonzern RAG Aufbewahrungspflichten von zehn Jahren. Sprich: Die Unterlagen über die Stoffe sind dort nicht mehr vorhanden.

Laut RAG und zuständiger Bergbehörde in Dortmund gehen von den Stoffen „keine Gefahren für die Umwelt“ aus. Das sieht Dirk Jansen, Geschäftsführer des BUND in NRW ganz anders: „Diese giftigen Grubentorpedos bergen ein großes Risiko.“ nick/sg

## Mehr zum Thema

**Bericht** Sondermüll in Bergwerken wird Politikum, Nachrichten **im Internet** Forum: Tickende Zeitbombe unter der Erde?

## 1 Gutachten alarmierte Politik

■ **Besorgte Anwohner** hatten in Bergkamen ein Gutachten beim Wasserexperten Harald Friedrich in Auftrag gegeben.

■ **Die Befürchtung:** Belastungen ihrer Felder und Gewässer nach dem Grubenwasseranstieg mit Ende des Bergbaus.

RN 18.09.13

# Sonderabfall in NRW-Bergwerken wird zum Politikum

Bericht des Landes lässt viele Fragen offen

**DÜSSELDORF.** Der Bericht, den NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) und sein Kollege aus dem Umweltressort Johannes Remmel (Grüne) heute den Ausschüssen des Düsseldorfer Landtags präsentieren, birgt Konfliktpotenzial.

Demnach lagern in elf nordrhein-westfälischen Bergwerken 1,6 Millionen Tonnen Sondermüll, die zwischen den 80er-Jahren und 2006 zu einer zementartigen Masse vermischt, mit Silofahrzeugen an die Schächte gekarrt und über ein aufwendiges Rohrsystem in mehr als 800 Meter Tiefe gepresst wurden. „Aus den Augen, aus dem Sinn“, sei damals das Credo gewesen, sagt Dirk Jansen, Geschäftsführer des BUND-NRW. „Da unten tickt eine Zeitbombe“, sagt Jansen. Der BUND hatte damals gegen die Verpressung geklagt – und verloren.

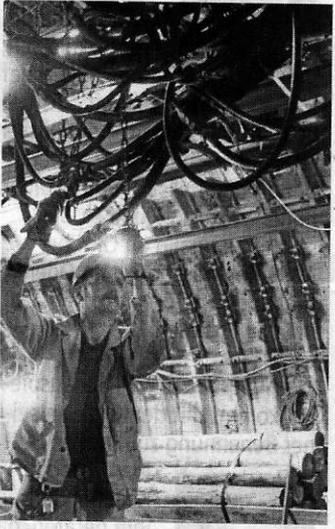
Die große Frage: Ist es möglich, dass durch den Anstieg des Grubenwassers in den stillgelegten Bergwerksschächten, Giftstoffe ausgespült werden und Grund- und Trinkwasser verseuchen? Nach dem Bekanntwerden ei-

nes Gutachtens des Wasserexperten Harald Friedrich, das Zweifel an der sicheren Lagerung aufwirft, startete die Bergbehörde ein Sondermessprogramm an den elf Grubenwasserleitungen an Ruhr, Emscher und dem Rhein. Ergebnis laut Bergbehörde: „Es gab keine Auffälligkeiten“, so Behördensprecher Andreas Nörthen. Auch bei der RAG heißt es in einer Stellungnahme, dass die regelmäßig durchgeführten Analyseergebnisse des Grubenwassers bestätigten, dass „von den eingelagerten Stoffen keine Risiken für die Umwelt“ ausgingen.

## Kontakt zu Trinkwasser

In Erklärungsnot könnte Bergwerkkonzern und Behörden jetzt ein Gutachten des Braunschweiger Geologen Peter Carls bringen: Laut Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ „wurden kurz nach der Genehmigung der Sondermülllagerung 1994 eindeutige Hinweise gefunden, dass der hochgiftige Müll mit Grund- und Trinkwasser in Verbindung kommen konnte“. Es habe damals klare Hinweise auf Süßwasser in den Schachtanlagen gegeben.

In der nordrhein-westfälischen Landesregierung nimmt man das Problem „sehr ernst“, heißt es. Für eine abschließende Gefahren-Bewertung fehlten jedoch noch Informationen. Die Zusammenstellung und Auswertung bei der Bergbehörde dauerten noch an. Es werde überprüft, ob die analytische Überwachung des Grund- und Oberflächenwassers geändert oder weiterentwickelt werden muss.



Im Steinkohlebergbau wurden 1,6 Millionen Tonnen Sonderabfall verpresst. Foto dpa

Christoph Klemp  
Saskia Gerhard